

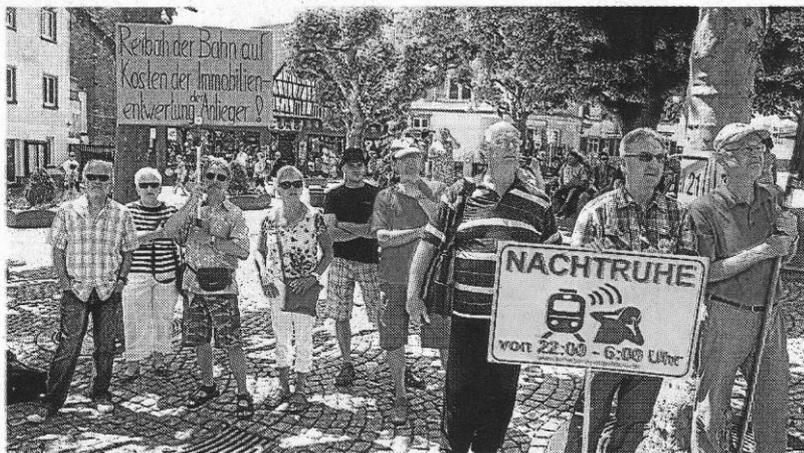
SPD: Bahnunglück bei Rüdesheim wirft Fragen auf

Protest Forderung nach Alternativtrasse erneuert - Menschen von Lärm befreien

■ **Mittelrhein.** Beim Güterzugunfall zwischen Lorch und Rüdesheim waren am 9. Juni mehrere leere Autotransportwaggons aus den Gleisen gesprungen und exakt zehn Kilometer mitgeschleppt worden. „Hoffentlich sind die Verantwortlichen der Bundesregierung um Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer (CSU) und der Deutschen Bahn mit Dr. Rüdiger Grube nun in Sachen Alternativstrecke für den Güterverkehr im Mittelrheintal endlich wach geworden“, moniert die SPD-Fraktion im Verbandsgemeinderat Loreley jetzt am Rande einer Parteiveranstaltung. „Muss erst noch etwas Schlimmeres passieren, bevor der Bund es endlich begreift, dass eine Alternativtrasse in Angriff genommen wird?“, fragt sich auch VG-Ratsmitglied Albert Buchheit, der vergangene Woche an einer neuerlichen Mahnwache der Bürgerinitiative im Mittelrheintal gegen Umweltschäden durch die Bahn anlässlich der Sitzung des Beirates „Leiseres Mittelrheintal“ in Rüdesheim teilnahm.

Geschwindigkeit im Mittelrheintal reduzieren

Die SPD-Fraktion fragt sich, wie es sein kann, dass Waggons aus den Gleisen springen können, der Lokführer es nicht merkt und das Digitalstellwerk in Frankfurt den Zug erst nach zehn langen Kilometern zum Stehen bringt. Jetzt wurden in den frühen Morgenstunden des fraglichen Sonntags durch umherfliegende Schotterbrocken „nur“ parkende Autos beschädigt. Doch was wäre gewesen, wenn auf der parallel verlaufenden Bundesstraße 42 reger Berufs- oder Touristenverkehr geherrscht hätte oder Radfahrer und Fußgänger in den Ortschaften unterwegs gewesen wären? Nicht auszumalen, was hätte passieren können, wenn gar ein mit Gefahrstoffen beladener Tankwaggon entgleist und in einer Ortschaft umgestürzt wäre. Die Bundesstraße glich abschnittsweise einer Schotterwüste, so die SPD-Fraktion besorgt, der Bilder von



Anlässlich des Treffens des Beirates „Leiseres Mittelrheintal“ in Rüdesheim gab es auch eine neuerliche Mahnwache der Bürgerinitiative im Mittelrheintal gegen Umweltschäden durch die Bahn. Mit dabei war auch SPD-Ratsmitglied Albert Buchheit (3. von rechts).

den Ausmaßen vorliegen. „Wir erneuern mit Nachdruck unsere Forderung zur sofortigen Geschwindigkeitsreduzierung und das Nachfahrverbot für laute Güterzüge“, unterstreicht Mike Weiland für seine Fraktion – und zwar für so lange, bis die Alternativtrasse gebaut ist. Die möglichen Folgen solcher Unglücke habe man jetzt mit glimpflichem Ausgang, aber dennoch drastisch sehen können, unterstreicht Albert Buchheit während der Mahnwache.

Die Bürgerinitiative liege mit ihren Forderungen goldrichtig, erklärt die SPD-Fraktion. Auch die Forderung des rheinland-pfälzischen Infrastrukturministers Roger Lewentz (SPD) und von Umweltschaftssekretär Thomas Griesse (Grüne), dass die lauten Bremssohlen alter Güterwaggons deutlich schneller auf die neuen und leiseren LL-Kunststoffsohlen umgerüstet werden müssen, sei genau richtig. Die vom Bund festgelegte Umrüstfrist bis 2020 dauere entschieden zu lang, haben die beiden Politiker jetzt nach der dritten Sitzung des Beirates ausgesagt.

Die Ergebnisse der beiden Lärmmessstationen in Oberwesel und Assmannshausen sprächen übrigens auch Bände: Während an

Bestandsstrecken der Lärmschutz auf Grundlage des freiwilligen Lärmsanierungsprogramms des Bundes gefördert wird, wenn tagsüber Werte von 70 bis 75 dB (A) beziehungsweise nachts von 60 bis 65 dB (A) erreicht werden, haben die Messungen an beiden Stationen Spitzenwerte von 98 bis 105 dB (A) am Tag und von 93 bis 102 dB (A) in der Nacht ergeben.

Bisherige Lärmschutzmaßnahmen nicht ausreichend

Auch wegen der erwarteten Zunahme des Güterverkehrs hält auch die Landesregierung aktive und passive Schutzmaßnahmen nicht für ausreichend und fordert neben der Umrüstung und der Einführung eines wirksamen Systems lärmabhängiger Trassenpreise, Durchfahrtsbeschränkungen nicht modernisierter Waggons und Geschwindigkeitsreduzierungen insbesondere die Alternativtrasse. Dies wird nach dem Bahnunfall seitens der SPD erneut begrüßt und unterstützt. Es gelte, der Situation für die Menschen endlich ein Ende zu setzen, so Mike Weiland, denn genau das habe das Unesco-Welterbetal neben Attraktionen, wie der Sommerrodelbahn oder der Seilbahn, verdient.